

**Gegenstand: Nutzung der Wohnung neben dem Verwalterbüro am Friedhof; Anfrage der SWG-Stadtratsfraktion vom 09.03.2026**  
[Vorlage: 0685/2026](#)

Frau Münch-Weinmann (Beigeordnete) führt in das Thema ein und verweist auf die Vor-Ort-Begehung im November 2024. Zentrale Themen seien seit Jahren die räumlichen Engpässe, die fehlende Barrierefreiheit sowie die mangelnde Diskretion in der aktuellen Verwaltungssituation. Sie begrüßt, dass durch die Baumaßnahmen nun Bewegung in die Sache gekommen ist.

Herr Tyroller (SWG) erläutert die Anfrage seiner Fraktion. Im Fokus stehen dabei der aktuelle Stand der Umbaumaßnahmen sowie die konkrete Gestaltung des barrierefreien Zugangs. Des Weiteren fragt er an, ob in den neuen Büroräumen eine Stelle eingerichtet wird, die es Bestattern ermöglicht, Formalitäten (wie die Beglaubigung von Sterbeanzeigen) direkt vor Ort zu erledigen, statt den Weg über das Standesamt nehmen zu müssen.

Herr Englert (Friedhofsverwalter) nimmt dazu wie folgt Stellung:

- *Raumkonzept:* Der Umbau der Räumlichkeiten ist weit fortgeschritten. Zukünftig wird es ein eigenes Archiv im Untergeschoss sowie einen separaten Raum für Trauergespräche geben. Dies stellt die notwendige Diskretion sicher, da Beratungen zur Grabvergabe künftig ohne Störungen durch Publikumsverkehr oder Telefonate stattfinden können.
- *Arbeitsbedingungen:* Die Zusammenführung der Friedhofsverwaltung unter einem Dach wird die internen Abläufe erheblich vereinfachen. Zudem wird ein neuer Pausenraum die beengte Situation für die Mitarbeitenden (insbesondere im Winter) entspannen.
- *Zeitplan & Barrierefreiheit:* Die Nutzung der Räume ist für Anfang bis Mitte Mai geplant. Da die Maßnahmen bereits vor der Haushaltsgenehmigung begannen, konnte die Barrierefreiheit bisher nicht mit oberster Priorität behandelt werden.

Frau Münch-Weinmann (Beigeordnete) betont ergänzend, dass die Barrierefreiheit für die Verwaltung weiterhin eine hohe Priorität besitzt, die Umsetzung jedoch von der Bereitstellung der notwendigen finanziellen Ressourcen abhängt.

Auf die Nachfrage bezüglich der Bestattungsgenehmigung erklärt Herr Englert (Friedhofsverwalter), dass eine physische Anwesenheit der Bestatter vor Ort heute weniger dringlich sei, da es diese Genehmigungen in der alten Form nicht mehr erforderlich sind. Der Austausch erfolgt meist digital per E-Mail. Die Originalunterlagen werden nachgereicht.

**Gegenstand:** Friedhofskonzept 2030; Antrag der Stadtratsfraktionen CDU, SPD und Die Linke vom 31.03.2025  
[Vorlage: 0695/2026](#)

Frau Münch-Weinmann (Beigeordnete) ruft den Tagesordnungspunkt 2 auf. Es handelt sich um einen fraktionsübergreifenden Antrag zur strategischen Weiterentwicklung des Friedhofes in Speyer.

Die Vorstellung des Konzepts übernimmt Frau Holzhäuser (CDU). Die Bestattungskultur wandelt sich durch gesellschaftliche Veränderungen und neue rechtliche Rahmenbedingungen (Bestattungsgesetz Rheinland-Pfalz). Ziel sei es, die Schaffung klarer Leitlinien für eine nachhaltige Entwicklung. Der Friedhof soll als Ort der Erinnerung, Begegnung sowie als Natur- und Kulturraum gestärkt werden. Der Schwerpunkt solle darauf gelegt werden, dass neue Bestattungsformen berücksichtigt werden. Auch stehe die Individualisierung, die Verbesserung der Servicequalität und die Modernisierung der Infrastruktur (Klimaresilienz) im Fokus. Das Konzept dient als professionelle Grundlage, um den Friedhof wirtschaftlich tragfähig und attraktiv zu halten.

Frau Münch-Weinmann (Beigeordnete) begrüßt das professionell erarbeitete Konzept. Sie betont die Gemeinsamkeit, den Friedhof stärken zu wollen. Wichtige Aspekte seien die Ökologie und die soziale Öffnung des Ortes. Sie weist dabei auf die Notwendigkeit einer Priorisierung und Klärung der Finanzierung (Haushalt, Sponsoring) hin.

Herr Englert (Friedhofsverwalter) zeigt sich positiv überrascht über die Übereinstimmung mit bereits laufenden Umsetzungen. Er weist darauf hin, dass tarifrechtliche und personelle Fragen (insbes. Samstagsbestattungen) im Vorfeld genau geprüft werden müssen.

Herr Tyroller (SWG) fragt nach den Verfassern. Herr Popescu (Die Linke) stellt klar, dass pro Fraktion (CDU, SPD, Linke) eine Person unterzeichnet hat, das Konzept aber offen für Anregungen aller Fraktionen ist.

Die SWG signalisiert grundsätzliche Zustimmung, sieht aber noch Klärungsbedarf bei Widersprüchen zur neuen Satzung.

Frau Moser (Bündnis90/Die Grünen) begrüßt den Fokus auf Klimaresilienz und Kooperationen mit Umweltverbänden. Sie regt an, das Thema "Bildung für nachhaltige Entwicklung" aufzunehmen und verstärkt Wildpflanzen zur Förderung der Biodiversität einzusetzen.

Herr Popescu (Die Linke) und Herr Ableiter (FWS) betonen die hohe Nachfrage von Samstagsbestattungen, da Angehörige oft von weit her anreisen müssen. Die Wirtschaftlichkeit und Konkurrenzfähigkeit (gegenüber Friedwäldern/Privatfriedhöfen) hänge von diesem Service ab.

Herr Englert (Friedhofsverwalter) und Frau Münch-Weinmann (Beigeordnete) sagen eine Prüfung zu. Aktuell sehe man nur die Möglichkeit Urnenbeisetzungen (begrenzter Personaleinsatz) am Samstag durchzuführen. Erdbestattungen erfordern bis zu 9 Mitarbeiter\*innen, was hohe Überstundenkapazitäten binden würde. Ein monatliches Samstagsangebot soll verwaltungsintern geprüft werden.

Frau Holzhäuser (CDU) regt an, Aufgaben (wie das Sargtragen) ggf. an private Bestatter zu übertragen, um Personalressourcen für den Friedhofsbetrieb freizumachen.

Herr Englert (Friedhofsverwalter) erläutert, dass das Büro trotz Krankheitsfällen flexibel agiert und Termine bei Bedarf außerhalb der Öffnungszeiten ermöglicht.

Es wird die Öffnung der Halle für alle Religionsgruppen und säkulare Bestattungen angeregt. Hierzu soll das christliche Symbol (Jesus-Figur) bei Bedarf verhüllt werden können (z.B. durch Vorhang oder Leinwand), ohne das Denkmal zu beschädigen.

Frau Queisser (SPD) betont, dass keine Beschädigung erfolgen soll, sondern lediglich eine zeitgemäße Alternative geschaffen wird um bei Trauerfeiern Bilder oder Videos zeigen zu können. Herr Tyroller (SWG) berichtet von früheren Kostenschätzungen (ca. 8.000 € bis 40.000 €).

Die Verwaltung nimmt die Impulse zur Flexibilisierung, zur Öffnung der Trauerhalle und zur Samstagsregelung in die Prüfung auf. Diese Punkte sollen detailliert in der geplanten Sondersitzung vor der Sommerpause beraten werden.

**Gegenstand: Auswirkungen des neuen Bestattungsgesetzes und Anpassungen auf dem Friedhof**  
**[Vorlage: 0696/2026](#)**

Frau Münch-Weinmann (Beigeordnete) führt in das Thema ein. Das neue Bestattungsgesetz rückt die Aspekte Würde, Respekt und die Selbstbestimmung zu Lebzeiten in den Fokus. Sie betont die Bedeutung des Speyerer Friedhofs als immaterielles Kulturerbe und weist darauf hin, dass die Kommunen und Kirchen im Gesetzgebungsverfahren teilweise erst spät eingebunden wurden.

Herr Englert (Friedhofsverwalter) präsentiert die aktuelle Statistik und die spürbaren Auswirkungen. Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet der Friedhof Speyer einen Rückgang der Gesamtbestattungen um 21 % (von 176 auf 138 Fälle im Vergleichszeitraum Januar-März). Anteilmäßig bleiben Urnenbeisetzungen mit leichten Schwankungen über die Jahre relativ stabil. Bei Erdbestattungen ist ein gravierender Rückgang zu verzeichnen. Im aktuellen Monat März wurden bisher lediglich drei Erdbestattungen durchgeführt.

Das neue Gesetz ermöglicht liberalere Formen. Es wird beobachtet, dass Urnen zunehmend mit nach Hause genommen oder alternative Bestattungsorte (z. B. im Ausland oder Friedwälder) gewählt werden.

Auf Nachfrage von Frau Münch-Weinmann (Beigeordnete) erklärt Herr Englert (Friedhofsverwalter), dass ein direkter Vergleich mit den Sterbefallzahlen des Standesamts schwierig sei, da dort auch viele auswärtige Sterbefälle beurkundet werden. Die Verwaltung sagt eine Prüfung über das Statistische Landesamt zu, um die Zahlen besser validieren zu können.

Auf Einladung von Frau Holzhäuser (CDU) und Zustimmung der Ausschussmitglieder nimmt Herr Göck (Bestattungsunternehmer) Stellung. Er mahnt zur Vorsicht bei der Interpretation der Zahlen; eine belastbare Abrechnung sei erst am Jahresende möglich. Dennoch seien die neuen Bestattungsarten (z. B. Flussbestattungen oder die Mitnahme der Urne nach Hause) bereits Realität. Er betont die massive Konkurrenzsituation durch Anbieter wie Friedwälder, die seit Jahren durch Flexibilität (z. B. Samstagsbeisetzungen, Mitnahme von Hunden) punkten. Herr Göck plädiert für eine Öffnung des Friedhofs hin zu einem "Parkcharakter". Er schildert am Beispiel von Kindern, die ihre Eltern am Grab besuchen möchten, dass starre Regeln (z. B. Fahrverbote für Fahrräder oder Hundeverbot) oft als Hürden empfunden werden und Menschen in alternative Bestattungswälder abwandern lassen.

Die Verwaltung erkennt den Friedwald und andere alternative Bestattungsformen als starke Konkurrenz an. Das Ziel der kommenden Satzungsänderungen muss es sein, den städtischen Friedhof durch attraktive Angebote und mehr Flexibilität als lebensnahen Begegnungsort zu erhalten.



**Gegenstand: Neue Friedhofssatzung der Stadt Speyer / Entwurf**  
**[Vorlage: 0697/2026](#)**

Frau Münch-Weinmann (Beigeordnete) erläutert, dass den Fraktionen vorab eine Synopse zugesandt wurde, um den direkten Vergleich zwischen der bisherigen und der neuen Satzung zu ermöglichen. Es wird betont, dass die heutige Sitzung der Beratung dient und noch keine abschließende Entscheidung getroffen wird, auch da die Mustersatzung des Landes noch abgewartet werden soll. Herr Englert (Friedhofsverwalter) stellt die wesentlichen inhaltlichen Änderungen und Neuerungen vor:

- **§ 3 (Bestattungsanspruch):** Es wird explizit verschriftlicht, dass auch Nicht-Speyerer Bürger\*innen in Speyer beigesetzt werden dürfen. Dies entspricht der bisherigen Praxis, dient aber der Rechtsklarheit.
- **§ 6 (Verhalten auf dem Friedhof/Werbung):** Präzisierung des Werbeverbots und Verbot parteipolitischer Zeichen. Der Friedhof soll als neutraler Ort des Gedenkens bewahrt werden.
- **§ 9 & 10 (Beisetzung und Grabgefäße):** Verlängerung der Beisetzungsfrist für Urnen auf sechs Monate (Anpassung an Landesgesetz).
  - **Zersetzungsgebot:** Es dürfen nur noch biologisch abbaubare Urnen und Bestattungstücher verwendet werden, um ökologische Probleme und Rückstände im Boden zu vermeiden.
- **§ 11 & 12 (Ruhefristen und Bestattungsformen):**
  - Die Ruhefrist für Erdbestattungen bleibt bei 20 Jahren.
  - **Vereinheitlichung:** Die Ruhefrist für Urnen soll einheitlich auf 15 Jahre festgelegt werden (Wegfall der Wahlmöglichkeit zwischen 15/20 Jahren zur Vereinfachung für Angehörige).
- **§ 14 & 16 (Grabgestaltung):**
  - Einführung einer Aschewiese zur namenlosen Verstreuung.
  - **Vollabdeckungen:** Um den Erhalt von Gräbern zu fördern, die aus Pflegegründen aufgegeben würden, sollen Vollabdeckungen unter Auflagen wieder ermöglicht werden. Die Ruhefrist erhöht sich hierbei auf 30 Jahre, um die Zersetzung zu gewährleisten.
- **§ 17a & 17b (Mensch-Tier-Bestattung):** Ermöglichung der Beigabe von Tierasche (kremiert) im gesamten Friedhofsbereich. Das Tier wird dem Menschen untergeordnet; die Kennzeichnung am Grab unterliegt strengen Regeln.
- **§ 29 & 32 (Grabpflege und Trauerhalle):**
  - Verbot von Schotter- oder Splittabdeckungen.
  - Regelungen zur Nutzung und Auslegung in der Trauerhalle.

Herr Ableiter (FWS) spricht sich entschieden gegen Vollabdeckungen aus (ökologische Gründe/Parkcharakter) und kritisiert das Verbot parteipolitischer Zeichen bei Gedenkveranstaltungen für historische Persönlichkeiten.

Frau Holzhäuser (CDU) regt an, das muslimische Gräberfeld sowie Gräberfelder für Ordensschwestern/Diakonissen explizit in die Satzung aufzunehmen. Zudem wird die Diskrepanz zwischen dem Verbot gewerblicher Tätigkeit (§ 8) und der Einbindung privater Bestatter (§ 11) hinterfragt. Bezüglich des Schotterverbots (§ 29) bittet sie um Spielraum für künstlerische Elemente.

Herr Tyroller (SWG) weist auf redaktionelle Widersprüche bei der Beschreibung der Tierurnen (dauerhaft verschlossen vs. biologisch abbaubar) und den Ruhefristen bei Aschestreuung hin.

Herr Popescu (Die Linke) begrüßt die Öffnung für Mensch-Tier-Bestattungen im gesamten Bereich. Bezüglich politischer Gedenktage wird eine differenzierte Formulierung vorgeschlagen, die pietätvolles Gedenken ermöglicht, aber politische Instrumentalisierung ausschließt. Zudem wird die Gebührenerfassung für Trauerfeiern am Grab (ohne Hallennutzung) thematisiert.

Frau Moser (Bündnis90/Die Grünen) lobt die Übersichtlichkeit der Synopse. Zum Thema Schotter regt sie an, differenzierte Lösungen wie "Blumenschotterrasen" oder "Naturgartenelemente" (z.B. Thymian auf Wegen) zu prüfen, um Biodiversität und Pflegeleichtigkeit zu vereinen.

Herr Grimm (CDU) hinterfragt die Regelungen zum Fahrradfahren und Mitführen von Tieren (Hunde), besonders im Kontext der neuen Mensch-Tier-Bestattung. Er regt zudem an, künftige Projekte wie Urnenstelen bereits jetzt in die Satzung aufzunehmen.

Frau Münch-Weinmann (Beigeordnete) dankt für die Rückmeldungen. Die Verwaltung wird die Anregungen (insb. zu den Themen Radfahrer\*innen, politische Neutralität und ökologische Grabgestaltung) prüfen und in die weitere Überarbeitung einfließen lassen. Ergänzende Rückmeldungen der Fraktionen werden bis zum 7. Mai erbeten.

**Gegenstand: Überarbeitete Konzepte der Grabformen/ hier: Memoriam Garten- & Gartengrabfeld**  
**[Vorlage: 0698/2026](#)**

Frau Münch-Weinmann (Beigeordnete) leitet den Tagesordnungspunkt ein, bei dem es um die Beschlussfassung zur Weiterentwicklung der Grabformen auf dem Friedhof Speyer geht.

Herr Englert (Friedhofsverwalter) erläutert, dass von der Stadt Speyer selbst entwickelte „Gartengrabfeld“ (Abteilung 64) die Erwartungen nicht erfüllt. Die Umsetzung und der aktuelle Pflegezustand seien für die Friedhofsverwaltung nicht zufriedenstellend. Die Belegung schreite zudem zu langsam voran.

Die Verwaltung beabsichtigt, das Feld in einen „Memorium-Garten“ umzuwandeln. Hierzu finden Gespräche mit der Genossenschaft der Friedhofsgärtner Rheinland-Pfalz und zwei örtlichen Fachbetrieben statt. Ziel ist es, die Pflege und Gestaltung künftig in privatgärtnerische Hände zu legen, was auch die Stadtverwaltung entlasten würde.

Im Mai findet eine Begehung mit Fachfirmen statt, um Umbaukosten und vertragliche Details zu klären. Ein konkretes Konzept soll in der geplanten Sondersitzung vorgestellt werden. Vorhandene Bestandsgräber im Feld werden in das neue Konzept integriert.

Herr Tyroller (SWG) erkundigt sich nach dem Schicksal der bestehenden Gräber. Herr Englert (Friedhofsverwalter) sichert zu, dass hierfür Lösungen innerhalb des neuen Konzepts gefunden werden.

Herr Grimm (CDU) gibt zu bedenken, dass Memorium-Gärten in anderen Kommunen sehr erfolgreich seien, wenn die Pflege stimme. Er regt an, nicht nur an große Einheiten zu denken, sondern das Konzept „dezentral und flexibel“ auf dem Friedhof einzusetzen, um die zunehmenden Lücken im Altbestand (Lückenschluss) zu schließen. Dies solle bei den Gesprächen mit den Gärtnereien im Mai direkt mitgeprüft werden.

Frau Münch-Weinmann (Beigeordnete) und Herr Englert (Friedhofsverwalter) nehmen den Vorschlag zur dezentralen Prüfung positiv auf und sichern zu, diesen Aspekt in die Fachgespräche einzubinden.

**Beschluss:**

Der Friedhofsausschuss befürwortet, durch einstimmige Abstimmung, die Umwandlung des bestehenden Gartengrabfeldes in einen Memorium-Garten. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Genossenschaft der Friedhofsgärtner und den beteiligten Fachbetrieben ein konkretes Umsetzungskosten- und Vertragskonzept zur weiteren Beschlussfassung (vorgesehen für die Sondersitzung) vorzulegen.



**Gegenstand: Inklusionsbetrieb Friedhof Speyer**  
**[Vorlage: 0699/2026](#)**

Frau Schmidt (Sozialarbeiterin) berichtete über die Entwicklung und die Bedeutung des Inklusionsbetriebs, der seit Juli 2020 sechs Menschen mit Behinderung einen unbefristeten Arbeitsplatz bietet.

Im Allgemeinen zeichnen sich Inklusionsbetriebe dadurch aus, dass zwischen 30 % und 50 % der Beschäftigten Menschen mit Behinderung sind. Es handelt sich dabei um reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Frau Schmidt betonte, dass der Fokus auf gelebte Inklusion im Arbeitsalltag und die Sicherstellung einer individuellen Unterstützung für jeden Mitarbeiter liegt. Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben – völlig unabhängig von Behinderung, Alter, Herkunft oder Sprache.

Anhand von Zitaten der Beschäftigten verdeutlichte Frau Schmidt die hohe psychologische und soziale Relevanz der Arbeit. Die Mitarbeiter\*innen bringen sich insbesondere in der Grünpflege (Rasenmähen, Hecken schneiden, Bewässerung) sowie bei Bestattungen (Sargtragen) ein. Die Rückmeldungen der Mitarbeiter unterstreichen folgende positive Effekte:

- Sinnstiftung: Übernahme von Verantwortung und Ausführung sinnvoller Tätigkeiten.
- Sicherheit: Das Gefühl von Stabilität durch einen festen Arbeitsplatz.
- Zugehörigkeit: Soziale Integration und das Gefühl, im Team angekommen zu sein.
- Selbstwert: Steigerung des Selbstwertgefühls durch persönliche Weiterentwicklung (z. B. das Führen von Fahrzeugen).

Abschließend erläuterte Frau Schmidt (Sozialarbeiterin) die finanzielle Basis des Inklusionsbetriebs. Gefördert und abgesichert wird dieser durch jährliche Zuschüsse aus Mitteln der Ausgleichsabgabe, Leistungen für den besonderen Aufwand, der durch die Inklusion entsteht, Eingliederungszuschüsse (Lohnkostenzuschüsse) und gezielte Investitionszuschüsse für die Gründung oder Erweiterung des Betriebs.

**Gegenstand: Informationen der Verwaltung**

Frau Münch-Weinmann (Beigeordnete) berichtet über aktuelle Projekte der Verwaltung:

- *Bank- und Baumspenden:* Es wurden Spendenformulare entwickelt, die in Kürze auf der städtischen Homepage veröffentlicht werden. Ziel ist es, anteilige Spenden für Bänke und klimaresiliente Bäume zu ermöglichen. Eine Liste mit geeigneten Baumarten liegt bei, um eine fachgerechte Nachpflanzung zu garantieren.
- *Termine & Kooperationen:* Am kommenden Samstag findet eine Führung mit dem Hospiz Palliativnetz für Ehrenamtliche statt. Zudem gab es Dialogtreffen mit den Kirchen. Am 30. Mai (Rundgang Natur) und am 28. Mai (Online-Vortrag zu fairen Grabsteinen ohne Kinderarbeit) finden Veranstaltungen in Kooperation mit der VHS statt. Ein Besuch in Schifferstadt ist in Planung.

Herr Englert (Friedhofsverwalter) gibt einen detaillierten Bericht zur operativen Situation und Öffentlichkeitsarbeit:

- *Soziale Integration:* Der Friedhof fungiert als wichtiger Lern- und Arbeitsort. Es bestehen Kooperationen mit zahlreichen Schulen (u.a. Lebenshilfe, Realschule Plus, Johann-Joachim-Becher-Schule) sowie dem Verein zur Förderung der beruflichen Bildung (VfBB). Zudem werden Plätze für Sozialstunden (Bewährungshilfe) und Führungen für Konfirmanden und Pflegeschulen angeboten. Herr Englert betont jedoch, dass diese wertvolle Arbeit die Verwaltung personell an ihre Belastungsgrenzen führt.
- *Bestattungstrends:* Die Bestattungszahlen sind mit jährlich ca. 450 bis 550 Fällen stabil. Es ist jedoch ein deutlicher Trend zur Urnenbestattung (mittlerweile ca. 70–80 %) gegenüber Erdbestattungen erkennbar.
- *Infrastruktur:* Sanierungsmaßnahmen an Brunnen (Austausch alter Aluminiumguss-Modelle) und Abwasserleitungen werden sukzessive durch eigenes Personal durchgeführt.
- *Baumbestand & Klimawandel:* Der Friedhof leidet unter Trockenstress, insbesondere bei Flachwurzlern. Pilzbefall und Schädlinge (z.B. der Heldbock in der Eichenallee) zwingen zu Fällungen, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Entnommene Stämme des artengeschützten Heldbocks wurden als Biotopholz gesichert, mussten jedoch nach Vandalismus eingezäunt werden. Im laufenden Jahr sind 19 Nachpflanzungen geplant.
- *Grabpflege & Denkmalschutz:* Durch gezielte Markierungen (orange/gelbe/blau Schilder) an ungepflegten oder abgelaufenen Gräbern konnten viele Angehörige erreicht und Verbesserungen im Erscheinungsbild erzielt werden. Zudem wurde ein denkmalgeschütztes Grabmal in Abteilung 9 durch eine Fachfirma restauriert.

Herr Uhrig (Steinmetz) erkundigt sich nach dem Sachstand zur Umsetzung der Urnenstelen. Herr Englert (Friedhofsverwalter) und Frau Münch-Weinmann (Beigeordnete) erklären, dass die finanziellen Mittel im Haushalt vorgesehen sind und die Prüfung der Angebote läuft. Eine Entscheidung wird in ca. zwei Wochen erwartet.

5. Sitzung des Friedhofsausschusses der Stadt Speyer am 21.04.2026

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr.

---

**Gegenstand:**

5. Sitzung des Friedhofsausschusses der Stadt Speyer am 21.04.2026

5. Sitzung des Friedhofsausschusses 21.04.2026 **Irmgard Münch-Weinmann**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!